



NEUES aus BERLIN

MDB TINO CHRUPALLA IM DEUTSCHEN BUNDESTAG FÜR DEN LANDKREIS GÖRLITZ



**ICH WÜNSCHE IHNEN UND IHRER
FAMILIE EIN GLÜCKLICHES UND
GESUNDES NEUES JAHR.**

WIRTSCHAFT

AfD-Fraktion: Antrag zur Wiedereinführung der Meisterpflicht
Seite 3

ENERGIE

Die Folgen des Braunkohletagebaus für die Lausitz
Seite 6



Alternative
für
Deutschland

FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG



FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

kaum sind die besinnlichen Weihnachtsfeiertage um, beginnt schon das neue Jahr mit Schreckensnachrichten. Gewalttaten gegen AfD-Bürgerbüros gab es auch im letzten und vorletzten Jahr, aber mit Döbeln und nun auch mit dem Mordanschlag auf unseren Bremer Kollegen Frank Magnitz ist eine neue Stufe erreicht. Was muss eigentlich noch alles passieren, bis Journalisten und Politiker der anderen Parteien merken, dass sie mit ihren diffamierenden und entmenslichenden Unterstellungen, Verdrehungen von Tatsachen und Hetzkampagnen gegen die AfD das Klima selbst geschaffen haben, das zu solchen abscheulichen Taten führt?

Die Wochen vor Weihnachten waren doch schon turbulent genug: wir haben alles in unserer beschränkten Macht stehende versucht, um die Unterzeichnung des Migrationspakts zu verhindern. Leider ist uns dies nicht gelungen. Die Bundesregierung hat unterschrieben, gegen den ausdrücklichen Wunsch sehr vieler Bürger, die ihren Widerstand in mehreren Petitionen zum Ausdruck brachten. Ist die Missachtung des Bürgerwillens nicht auch eine Form von unzulässiger Gewalt, die wir nicht länger hinnehmen sollten? Unsere Kampagnen und zahlreichen parlamentarischen Initiativen zum Globalen Pakt waren jedenfalls nicht ganz umsonst: wir haben eine öffentliche Debatte erzwungen, die sonst wohl nie stattgefunden hätte. Überhaupt frage ich mich manchmal, wie es um unsere freiheitliche demokratische Diskussionskultur bestellt wäre, wenn es die AfD nicht gäbe. Bestimmt nicht besser, oder?

Über ein Jahr ist es her, dass wir in den Bundestag eingezogen sind. Trotz aller Steine, die der größten Oppositionspartei Deutschlands in den Weg

gelegt werden, und trotz aller Schwierigkeiten, die der Aufbau einer neuen Bundestagsfraktion mit sich bringt, blicke ich zurück auf ein gutes Jahr, in dem wir doch einige Erfolge verbuchen können. Ein Erfolg, der mir persönlich sehr viel bedeutet, ist unser Antrag zur Wiedereinführung des Meisterbriefs: er wurde in der letzten Sitzungswoche des Jahres 2018 im Plenum debattiert. Die Tatsache, dass nun auch die anderen Parteien zugeben, dass die Abschaffung des Meisters ein Fehler war, freut mich außerordentlich. Ich bin davon überzeugt, dass die AfD als Oppositionspartei eine ganze Menge bewirken kann, wenn sie es geschickt anstellt. Daran werde ich in diesem Jahr anknüpfen.



In der dritten Ausgabe von *Neues aus Berlin* habe ich wieder meine Initiativen der vergangenen Monate in Berlin für Sie im Wahlkreis dokumentiert - die Medien berichten ja bei weitem nicht alles, und sie sind auch leider längst nicht so unvoreingenommen wie man es sich von der Presse in einem freiheitlich-demokratischen Land wünschen würde.

Bleibt mir nun noch, Ihnen und Ihrer Familie ein glückliches und gesundes Neues Jahr zu wünschen. Mögen in unserem Land im Jahr 2019 wieder Vernunft, Frieden, Einigkeit und Recht und Ordnung Einzug halten!

Ihr *Tino Chrupalla*

WIRTSCHAFT

AfD-Fraktion bringt Antrag zur Wiedereinführung der Meisterpflicht ein

Unter meiner Ägide als stellvertretender Leiter des Arbeitskreises für Wirtschaft und Energie hat die AfD-Bundestagsfraktion am 27.9.2018 einen Antrag zur Wiedereinführung der Meisterpflicht eingebracht ([Bundestagsdrucksache 19/4633](#)). Mitgezeichnet und mitinitiiert hat den Antrag auch der bildungspolitische Sprecher der AfD im Bundestag, Dr. Götz Frömming.

Wir begründeten den Antrag wie folgt: „Solides Handwerk ist innovativ, bildet flächendeckend aus, erhöht die nationale Wirtschaftskraft und schützt die Verbraucher. Mit der Wiedereinführung der Meisterpflicht soll den bestehenden Fehlentwicklungen entgegengewirkt und sollen auch die in der Vergangenheit getroffenen Entscheidungen korrigiert werden, um das Handwerk als elementaren Bestandteil der deutschen Wirtschaft zu stärken und wieder zukunftsfähig zu machen.“

In dem Antrag fordern wir als AfD die Bundesregierung auf, die duale Ausbildung und die Attraktivität von Handwerksberufen mit dem Ziel zu fördern, den Nachwuchskrätemangel zu beheben und die Jugendarbeitslosigkeit zu senken.



Des Weiteren begründeten wir den Antrag mit dem kulturellen Wert handwerklicher Fertigkeiten,

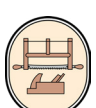
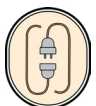
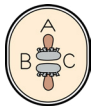
den es zu erhalten gilt. Der Meisterbrief dient auch der Qualitätssicherung und dem Verbraucherschutz, der seit der Abschaffung der Meisterpflicht Schaden genommen hat.

Wissenschaftliche Studien belegen außerdem, dass Betriebe, deren Inhaber einen Meisterbrief besitzen, größere Chancen auf nachhaltigen wirtschaftlichen Erfolg haben. „Die Wiedereinführung des Meisterbriefs würde sich deshalb positiv auf den wirtschaftlich benachteiligten ländlichen Raum auswirken, insbesondere auf die historisch gewachsenen wirtschaftlichen Strukturen in sogenannten ‚Handwerksregionen‘, die zum Teil schon seit dem 19. Jahrhundert bestehen“, so der Antrag im Wortlaut.

Der Antrag hatte das Ziel, eine unserer Kernforderungen ins Parlament zu bringen, die schon seit Jahren im AfD-Wahlprogramm steht. Wie die *Deutsche Handwerks Zeitung* vom 02.11.2018 berichtet, bekennen sich nun auch der Ministerpräsident und der Wirtschaftsminister des Freistaates Sachsen wieder ausdrücklich zum Meister. Die Abschaffung der Meisterpflicht wird inzwischen als Fehler gesehen, während man ernsthaft über die Wiedereinführung des Meisterbriefs nachdenkt.

In der letzten Sitzungswoche dieses Jahres wurde der Antrag im Plenum debattiert, wir hatten damit noch einmal die Möglichkeit, die Werbetrommel für das Handwerk zu rühren und auf all die falschen Weichenstellungen hinzuweisen, die es zu korrigieren gilt. Dies hat mich sehr gefreut, auch wenn die Altparteien unseren Antrag leider mit fadenscheinigen Argumenten abgelehnt haben.

Der blamable Grundtenor ihrer Reden lautete: Das Handwerk hätte auch sonst mit vielen Problemen zu kämpfen; daran würde auch die Wiedereinführung des Meisterbriefs nichts ändern. Zweifellos müsste noch mehr getan werden, um das Handwerk zu stärken – aber das kann doch kein Grund sein, es generell zu unterlassen!



Erhöht die Zuwanderung den Fachkräftemangel?

Die Bundesregierung und die Wirtschaftslobby sind sich einig, dass der derzeit herrschende Engpass an Fachkräften in einigen Berufszweigen nur durch die Zuwanderung aus dem Ausland behoben werden kann. Um der Sache auf den Grund zu gehen, habe ich zum Thema Fachkräftemangel eine kleine Anfrage an die Bundesregierung gestellt.

Die Antwort ([BT-Ds. 19/5409](#)) hat mich erstaunt. Denn obwohl die Bundesregierung nicht genau weiß, wie viele Fachkräfte seit 2010 nach Deutschland eingewandert sind, erklärt sie, dass Zuwanderung bereits heute zu einer Verbesserung der Fachkräftesituation beiträgt.



Worauf die Bundesregierung diese These stützt, verrät sie nicht. Wenn die Aussage zuträfe, dass Zuwanderung bereits heute die Fachkräftesituation verbessert, dürfte doch angesichts der Tatsache, dass in den letzten 3 Jahren ca. zwei Millionen Menschen mehr nach Deutschland ein- als ausgewandert sind, überhaupt kein Fachkräfteproblem bestehen.

Könnte es sein, dass Migration den Bedarf an Fachkräften, also an Personen mit einem Hochschulabschluss oder einer abgeschlossenen qualifizierten Berufsausbildung, gar nicht deckt, sondern stattdessen zu einem erhöhten Bedarf an Fachkräften führt? Schließlich benötigen diese zwei Millionen zugewanderten Menschen wiederum

Wohnungen, Ärzte, Pflegefachkräfte, Lehrer, Sozialarbeiter und vieles andere mehr. Offenbar hat die Bundesregierung den Rattenschwanz an Folgeerscheinungen nicht berücksichtigt, den die Zuwanderung so vieler Menschen nach sich zieht.

Gut beobachten lässt sich die Absurdität an der Wohnraumoffensive der Bundesregierung. Während noch vor einigen Jahren der Wohnungsmarkt auch in Großstädten entspannt war, sollen jetzt 1,5 Millionen Wohnungen gebaut und die Landschaft weiter zersiedelt werden. Auch hier sagt mir der gesunde Menschverstand, dass der Bedarf an neuen Wohnungen hauptsächlich auf die enorme Zuwanderung der letzten Jahre zurückzuführen ist. Da für den Bau der Wohnungen Fachkräfte benötigt werden, heißt es nun, dass wir noch mehr Zuwanderung benötigen. Ende nicht in Sicht.

Es ist zwar richtig, dass in einigen Berufen ein Fachkräfteengpass besteht. Viel bedenklicher ist jedoch, dass in den Berufen, in denen kein Mangel herrscht, ausländische Arbeitnehmer in Konkurrenz zu deutschen Arbeitnehmern treten. Die Agentur für Arbeit darf deutsche Arbeitnehmer gegenüber ausländischen Arbeitnehmern bei der Arbeitsvermittlung nicht bevorzugen (§ 36 Abs. 2 S. 1 SGB III). Migration bedeutet insbesondere für die Tätigkeiten im Niedriglohnsektor einen enormen Konkurrenzdruck. Ein entsprechendes Überangebot an Arbeitskräften führt zu Lohndumping.

Während also wenige von der Migration profitieren und ihre Gewinne maximieren, trägt die Allgemeinheit, also der deutsche Steuerzahler, die immensen Kosten der Einwanderung. Migration ist vor allem ein Wirtschaftsmodell und soll dem deutschen Bürger unter dem Deckmantel der Humanität als notwendig verkauft werden. Wir durchschauen das Spiel und schweigen nicht!

Zurück zu den Wurzeln

Prof. Dr. Max Otte fordert Rückbesinnung auf deutsche Wirtschaftsethik



Am 30.10.2018 habe ich im Görlitzer Wichernhaus das Grußwort zu einer Vortragsveranstaltung des renommierten Ökonomen Prof. Dr. Max Otte gesprochen. Ich hatte ihn bei dem von ihm organisierten Neuen Hambacher Fest

im Mai 2018 kennengelernt, und wir waren uns schnell darüber einig, dass das Handwerk in der Vergangenheit ein wichtiger Faktor im deutschen Wirtschaftsleben war, und dass das in Zukunft auch so bleiben sollte.

In seinem Vortrag mit dem Titel „Der goldene Boden des Handwerks? Wirtschaftsperspektiven für Deutschland und die Lausitz“ erinnerte Prof. Otte an die ethischen Grundlagen des deutschen Wirtschaftens - also die Wertvorstellungen, die in der Vergangenheit die Basis für jegliche Form des wirtschaftlichen Handelns im deutschsprachigen Raum bildeten. Otte betonte die grundlegenden Unterschiede zum angelsächsischen Modell: In den kleinen deutschen Fürstentümern konnte es sich ein Handwerker nicht leisten, schlecht und unzuverlässig zu arbeiten, denn das hätte seinen Ruf ruiniert, und außerdem hätte seine Berufsehre Schaden genommen. Gerade in räumlich überschaubaren Gebieten garantierte ein enges Sozialgefüge, dass gewisse Standards eingehalten wurden. In den anonymen Weiten Amerikas, zumal zu Beginn der europäischen Besiedlung, entfiel dieser soziale Druck: man konnte viel leichter untertauchen, wenn ein Geschäftsmodell floppte. Das war einerseits befreiend, andererseits öffnete es kriminellen und unehrenhaftem Geschäftsgebaren Tür und Tor.

In Deutschland, und natürlich auch in Österreich und in der Schweiz, basierten Geschäftsbeziehungen in der Vergangenheit auf Vertrauen. Diese Herangehensweise hat sich über viele Jahrhunderte aufgrund kultureller, sozialer und geographischer Eigenheiten entwickelt. In Anglo-Amerika hat sich

das Misstrauen als Basis von Geschäftsbeziehungen durchgesetzt. Dieser gravierende kulturelle Unterschied ist uns zwar irgendwie vertraut, er wird aber selten ausgesprochen, insbesondere da das angelsächsische Modell auch bei uns inzwischen alle Felder beherrscht - sowohl die wirtschaftliche Theorie, die an den Universitäten gelehrt wird, als auch die Praxis. Otte mahnte zu einer Besinnung auf unsere ureigenen kulturellen Werte, mit denen man doch sehr lange erstaunlich erfolgreich war. Gerade am Handwerk zeigt sich, dass gute, solide Arbeit und das Vertrauen auf die Zuverlässigkeit des Lieferanten auch eine solide Basis für eine gesunde Wirtschaft sind, die außerdem unserem Wesen und unseren Werten entspricht.

Prof. Dr. Max Otte, der an der Princeton University promovierte und an der Boston University, der Hochschule Worms, der Universität Würzburg und der Universität Graz lehrt, wurde als Experte für ökonomische Fragen, vor allem durch seine Bücher „Der Crash kommt“ (2006), das die Finanzkrise präzise voraussagte, „Stoppt das Euro-Desaster“ (2010) und „Rettet unser Bargeld“ (2016) bekannt. Die Veranstaltung fand im Rahmen der Vortragsreihe „Deutschland im Spannungsfeld von Globalisierung und Geopolitik“ statt, die Prof. Dr. Otte in verschiedenen deutschen Städten aktuell präsentiert.

Max Ottes Thesen zur deutschen Wirtschaft sind nun auch in einem Sammelband erschienen, den er gemeinsam mit Erika Steinbach herausgegeben hat.

Max Otte, Erika Steinbach (Hg.).

Nachdenken für Deutschland. Wie wir die Zukunft unseres Landes sichern können. Edition Sonderwege, 2018.



ENERGIE

Die Folgen des Braunkohle- tagebaus für die Lausitz

Für jeden unvoreingenommenen Beobachter ist offensichtlich, daß die Energiewende ein rein ideologisches Projekt ist. In den letzten fünf Jahren sind mindestens 160 Mrd. Euro für sie aufgewendet worden, und in den Bundesministerien und ihren nachgeordneten Behörden waren 2017 rund 675 Vollzeitäquivalente damit beschäftigt, die Energiewende umzusetzen.

Obwohl dieser unheimliche Aufwand betrieben wird, sind laut einem aktuellen Bericht des Bundesrechnungshofes bislang aber noch nicht einmal die grundlegendsten Fragen geklärt. Es ist im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) weder klar, was genau die Koordination der Energiewende überhaupt umfaßt, noch kann das BMWi mit seinem Steuersystem vernünftig umgehen. Kein Wunder also, dass die Ziele der Energiewende bis 2020 überwiegend nicht erreicht werden.⁽¹⁾

Man hat mit diesem riesigen Projekt begonnen, weil es politisch gerade opportun war, hatte aber keinen Plan in der Tasche, welche Ziele überhaupt und unter welchen Bedingungen realistisch erreicht werden können. Dabei will ich an dieser Stelle keineswegs den Grundgedanken der Energiewende in Frage stellen. Es handelt sich um ein sehr kompliziertes Thema, das gerade in meiner Heimatregion außerdem noch emotional hoch aufgeladen ist. Als gebürtigem Lausitzer ist es mir nur allzu bewußt, daß ein Umstieg auf alternative und erneuerbare Energien mit großen Vorteilen verbunden wäre.

Der Braunkohletagebau hat in meiner Heimat tiefe Wunden gerissen. Und ich meine damit nicht nur die Verschandelung der Landschaft und die Zerstörung alter und gewachsener Siedlungen durch die Kohlegruben. Das war und ist zwar sehr schmerzhaft, jedoch bin ich zuversichtlich, daß die Renaturierung der ehemaligen Braunkohletagebaue

und die Schaffung des Lausitzer Seenlandes aus den alten Kohlegruben zumindest ästhetisch einen akzeptablen Ersatz darstellen.



Auch die Umweltbelastung halte ich nicht für das entscheidende Problem. Zwar ist sie leider nach wie vor vorhanden. Besonders die starke Absenkung des Grundwasserspiegels, die durch den Tagebau nötig wird, bereitet mir Sorgen. Bei der natürlichen Wiederanhebung des Grundwasserspiegels nach der Schließung einer Grube werden zahlreiche Mineralien ausgewaschen, die das Trinkwasser belasten.

Auf der anderen Seite darf man aber nicht vergessen, daß die Luftverschmutzung, die zur Zeit der DDR wirklich absolut katastrophal war, auf ein erträgliches Niveau zurückgegangen ist. Es ist bei diesem Thema ohnehin mein Eindruck, daß die Kritik an der Umweltverschmutzung durch die Braunkohleverstromung eher von Menschen geäußert wird, die persönlich gar nicht direkt betroffen sind, weil sie nicht in der Lausitz wohnen.

Das größte Problem, das mir im Gespräch mit den Bürgern vor Ort begegnet, ist die tiefe Spaltung in den von Umsiedlungsplänen betroffenen Dörfern. Befürworter und Gegner des Braunkohletagebaus stehen sich hier häufig unversöhnlich gegenüber, so dass das Gemeindeleben stark darunter leidet. Ein Ausstieg aus dem Braunkohletagebau würde hier also einen großen Zankapfel endgültig aus der Welt schaffen. Niemand wäre mehr von einem unfreiwilligen Heimatverlust betroffen, sei es durch Umsiedlung oder durch unversöhnliche Streitigkeiten innerhalb der Gemeinde.

⁽¹⁾ Bundesrechnungshof: Bericht nach § 99 BHO über die Koordination und Steuerung zur Umsetzung der Energiewende durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie. Bonn, 28.9.2018

Angesichts des planlosen und ideologischen Vorgehens der Bundesregierung bei der Energiewende kann ich aber nur mit allem Nachdruck davor warnen, den Ausstieg aus dem Braunkohletagebau Hals über Kopf vorzunehmen. Ein Ende des Tagebaus in der Lausitz wäre nur dann sinnvoll, wenn es geordnet geschehen würde und bereits vernünftige und umsetzbare Pläne dazu vorhanden wären, wie der Kohleabbau ersetzt werden soll. Hierzu müßten zwei Fragen geklärt werden.

Erstens müßte feststehen, wie der Anteil der deutschen Energiegewinnung, der heute von der Braunkohleverstromung getragen wird, dauerhaft von erneuerbaren Energien übernommen werden kann. Zweitens müßte in Bezug auf die Lausitz und die anderen Kohlereviere ein Konzept entwickelt werden, wie der Wegfall des wichtigen Wirtschaftsfaktors Braunkohle kompensiert werden kann. In beiden Bereichen hat die Bundesregierung bis zum heutigen Tag keine tragfähigen Pläne vorgelegt.



Was den Ersatz der Braunkohleverstromung durch erneuerbare Energien betrifft, fehlt bis heute eine Lösung für die Sicherung der Grundlast. Wie Hans-Werner Sinn gezeigt hat, könnten selbst im günstigsten Fall, wenn also Deutschland, Norwegen, Dänemark, Österreich und die Schweiz ihr Handeln aufeinander abstimmen und sämtliche möglichen Pumpspeicher ausnützen würden, nur 50 Prozent des Strombedarfs durch Wind- und Solarenergie abgedeckt werden. Der Rest müßte weiterhin durch andere Energieträger, nach dem Atomausstieg also hauptsächlich durch fossile Brennstoffe erzeugt

werden. Der momentan von der Bundesregierung vorgesehene Kohleausstieg würde also selbst in einem optimistischen Szenario die Grundversorgung mit Strom gefährden, wenn nicht gar unmöglich machen.

Aber auch für die Strukturprobleme, die im Falle eines Ausstiegs aus dem Braunkohletagebau für die deutschen Reviere unweigerlich entstehen werden, hat die Bundesregierung bisher keine Lösungen vorgelegt.



Im Lausitzer Revier waren im Jahr 2016 nach Angaben einer für das BMWi erstellten Studie 8.278 Personen direkt im Braunkohlesektor beschäftigt. Indirekt hingen weitere 4.967 Arbeitsplätze von der Braunkohle ab, so daß insgesamt 13.245 Stellen durch einen Ausstieg aus der Braunkohle bedroht wären.

Die Lausitz ist damit dasjenige Revier, das am stärksten von einem Braunkohleausstieg betroffen wäre. Bei den 13.245 Arbeitsplätzen handelt es sich um 3,3 Prozent aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und sogar um 17,5 Prozent aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe.

Wenn man außerdem bedenkt, daß nach derselben Studie die Arbeitslosigkeit im Lausitzer Revier deutlich über derjenigen in Gesamtdeutschland liegt (9,4 Prozent im Vergleich zu 6,4 Prozent im Jahre 2015), kann man sich ausmalen, wie sehr ein Braunkohleausstieg die ohnehin schon strukturschwache Region treffen würde.

Weder für Gesamtdeutschland noch für meine Heimat Lausitz geht es also an, in Zukunft

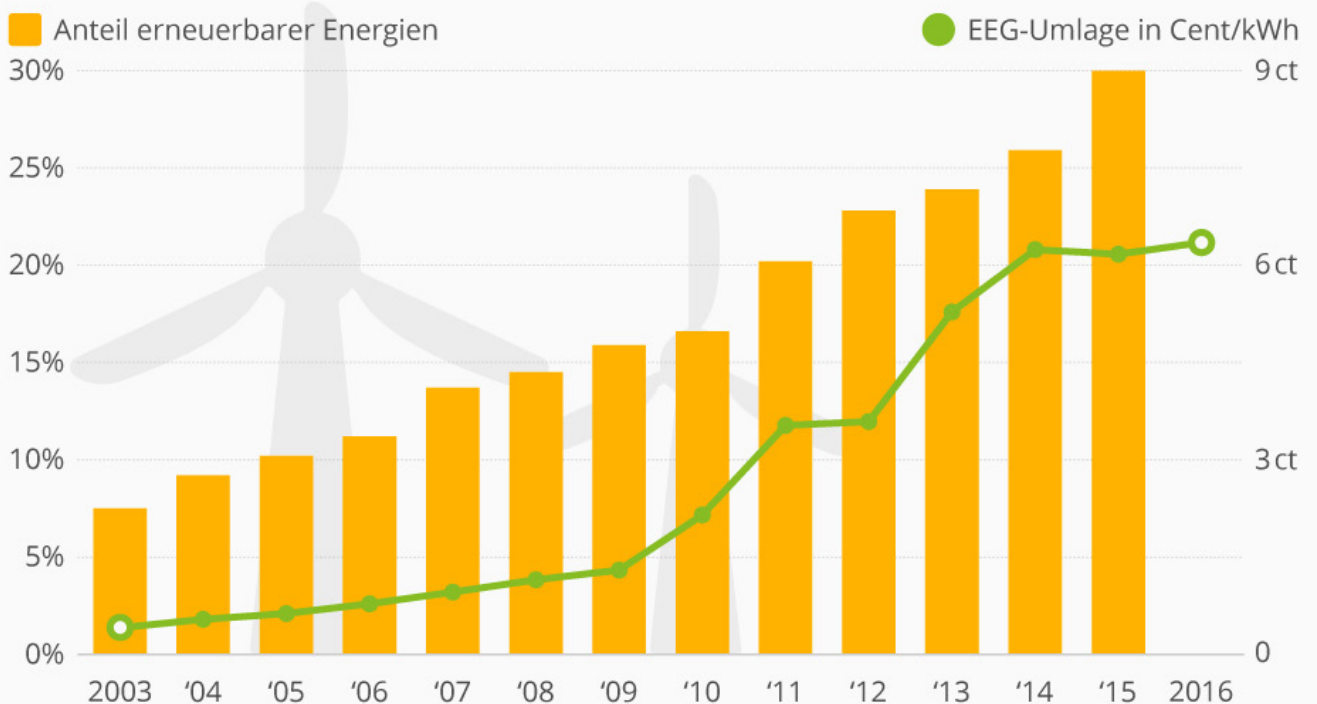
ausschließlich auf erneuerbare Energien zu setzen und ohne Alternativplan aus der Braunkohle auszusteigen.

Aus diesem Grund – und nicht, weil ich alternative Energieträger pauschal ablehnen würde – wende ich mich gegen die Energiewende in ihrer jetzigen

Form. Die Lausitz leidet schon genug unter Arbeitslosigkeit, Strukturschwäche und Wegzug der jungen Generation. Es wäre falsch und unverantwortlich, jetzt auch noch einen wichtigen regionalen Industriezweig auf dem Altar der pseudo-ökologischen Ideologie zu opfern.

Die Energiewende hat ihren Preis

Anteil erneuerbarer Energien an Bruttostromerzeugung/Höhe der EEG-Umlage für Haushaltsstrom



@Statista_com

Quellen: AGEB, netztransparenz.de

statista

Grüne und Altparteien führen Wähler hinter die Fichte

Schon im Jahr 2014 hat der Staatsrechtler und Windkraft-Anwalt Prof. Dr. Michael Elicker die Fakten klar benannt: die Windkraft ist das „gewaltigste Naturzerstörungswerk seit 200 Jahren“.

Ausgerechnet die Grünen, die in der Öffentlichkeit mit Umweltschutz assoziiert werden, sind eine der

treibenden Kräfte hinter diesem Wahnsinnsprojekt. Im Namen des Umweltschutzes wird die Umwelt zerstört – das ist das Paradox, das die Politik der Grünen charakterisiert. Es ist höchste Zeit, diesen Wahnsinn zu stoppen, bevor unsere Landschaft so verschandelt ist, dass wir unsere eigene Heimat nicht mehr wiedererkennen.

Prof. Elicker hatte Recht, als er die Entvölkerung des ländlichen Raums auch auf die rücksichtslose Bebauung mit Windrädern zurückführte: „Wer zieht schon ins Grüne, um dann in einer Industrielandschaft mit Immissionen wie

Infraschall, Lärm und Schattenschlag zu leben?“⁽²⁾

Der Preis, den Menschen, Tiere und Pflanzen für angeblich umweltschonenden Strom bezahlen müssen, ist eindeutig zu hoch. Ganze Ökosysteme werden zerstört, jetzt sollen sogar die letzten Refugien, in denen der Mensch Ruhe finden kann, die Wälder, geopfert werden. Dazu kommt, dass Grundstücke in der Nähe von Windrädern massiv an Wert verlieren, was einer Enteignung gleichkommt. Ich hoffe, die Wähler und Wählerinnen erkennen, dass sie von den Grünen keinen wirklichen Umweltschutz erwarten können und systematisch hinter die Fichte geführt werden.

Ja zum Umweltschutz, nein zum EEG

Aber nicht nur die Grünen müssen sich diese Vorwürfe gefallen lassen. Schließlich haben alle Regierungsparteien den Klimawahn und das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) mit vorangetrieben, und sie tun dies bis heute. Dieses Gesetz regelt die vorrangige Einspeisung von Strom aus erneuerbaren Quellen ins Stromnetz zu einer festen Vergütung. Abgesehen von der Tatsache, dass die Umwelt gar nicht geschützt wird, kommt uns das EEG teuer zu stehen. Wussten Sie, dass Deutschlands Haushaltskunden mit durchschnittlich 29,51 Cent je Kilowattstunde nach Dänemark die höchsten Strompreise in der EU zahlen? Etwas mehr als die Hälfte des Preises resultiert aus staatlich veranlassten Steuern und Gebühren. Hierin sind auch 21 % EEG-Umlage erhalten. <https://1-stromvergleich.com/strom-report/strompreise-europa/>



⁽²⁾ https://deutscherarbeitgeberverband.de/aktuelles/dav_aktuelles_2014_10_25_windkraft.html

Die vielen Einspeisungen ins Stromnetz aus vielen Anlagen führen dazu, dass das Stromnetz ständig reguliert und synchronisiert werden muss. Bei einem Sturm kann es sein, dass zu viel Strom ins Netz eingespeist wird und wir andere Länder dafür bezahlen müssen, dass sie unseren überschüssigen Strom abnehmen.

Strom muss in dem Moment verfügbar sein, in dem er gebraucht wird, damit das Netz nicht zusammenbricht. Da das Angebot an erneuerbaren Energien je nach Windstärke und Sonneneinstrahlung schwankt und es im Grunde keine Speichermöglichkeit gibt, muss die Energieversorgung durch konventionelle Energieträger (z.B. Braunkohle) sichergestellt werden.

Ich wiederhole: Die EEG-Umlage ist nicht nur teuer und unsozial, sondern darüber hinaus auch nicht geeignet, die Erderwärmung zu verhindern.



Ferner sind Windkraftanlagen auch Industrieanlagen, die nicht nur das Landschaftsbild beeinträchtigen und Bodenflächen verbrauchen, sondern auch negative Folgen für Menschen, Tiere und Pflanzen haben. Nach Ablauf der 20-jährigen Förderung sind die Anlagen nicht mehr wirtschaftlich und werden abgerissen. Und was wird dann aus den Unmengen an Windradschrott?

Selbstverständlich muss zum Schutz der Umwelt und auch im Hinblick auf die Endlichkeit der Ressourcen intensiv an der Entwicklung von Energiespeichern und effizienten Nutzungsmöglichkeiten von alternativen Energien geforscht werden.

Aber aus meiner Sicht handelt es sich um Betrug, wenn unter der Flagge des Umweltschutzes

Windindustrieanlagen in Wälder gebaut und Bäume für die Zufahrtswege abgeholzt werden, wie in Hessen geschehen.

Mein Vorschlag zum Umweltschutz liegt in der Stärkung der Region. Kurze Arbeitswege und regionale Erzeugnisse sparen Zeit und Energie und erhöhen gleichzeitig die Lebensqualität. Menschen und Waren sollten nicht quer über den Erdball verschoben werden. Das ist energieintensiv und umweltschädlich.

Selber schuld und Pech gehabt!

Am 29.08.2018 habe ich mich schriftlich an die Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit Svenja Schulze gewandt, um per Ministererlass für das erzgebirgische Kunsthandwerk eine Aussetzung der Registrierungspflicht bis zum 31.12.2018 zu erwirken.



Aufgrund des ElektroG („Gesetz über das Inverkehrbringen, die Rücknahme und die umweltverträgliche Entsorgung von Elektro- und Elektronikgeräten“) sehen sich Hersteller von Schwibbögen, Lichterhäusern und Spieluhren im Erzgebirge in akuter Bedrängnis. Die Bestimmungen nötigen diesen zumeist kleineren Betrieben zusätzlichen bürokratischen Aufwand auf. Wer der Registrierungsverpflichtung nicht

nachkommt, muss mit hohen Geldstrafen rechnen. Hersteller aus dem Erzgebirge klagen, sie seien nicht rechtzeitig informiert worden. In der Antwort teilte die Bundesregierung mit, sie sähe keinen Handlungsbedarf, da nach Auffassung des Ministeriums die Registrierungspflicht bereits seit dem 01.02.2016 bestünde und es im Verantwortungsbereich der Hersteller läge, sich über ihre Verpflichtungen zu informieren. Zudem habe sowohl die Stiftung EAR als auch das Bundesumweltministerium auf ihren Internetseiten über die Änderungen informiert.



Für diese Haltung der Ministerin habe ich wenig Verständnis. Sind ihr die Sorgen kleinerer Betriebe wirklich gleichgültig? Die Botschaft des Briefes lautet im Klartext: ‚selber schuld und Pech gehabt!‘ Viele Betriebe in Sachsen und in ganz Deutschland kämpfen mit überbordender Bürokratie, die durch EU-Regulierungen entstanden ist.

Diese stellen eine hohe Zusatzbelastung für Unternehmer dar, die ja förmlich in Papieren ertrinken und kaum noch dazu kommen, den eigentlichen Beruf auszuüben.

Wenn die Bundesregierung schon nicht in der Lage ist, das EU-Bürokratiemonster zu bändigen, das sie mitgeschaffen hat, dann sollte sie wenigstens die Hersteller über Neuregelungen aktiv und umfassend informieren und ihre Unterstützung anbieten.

Sich zurückzulehnen und zu erwarten, dass Betriebe sich regelmäßig auf den Internetpräsenzen der Ministerien über die neuesten Aktualisierungen informieren, um hohen Bußgeldern zu entgehen, ist nicht hinnehmbar.

AKTUELLES

Der Teufelspakt: mit 666 Stimmen im Plenum verabschiedet

In den letzten Wochen haben uns sehr viele Zuschriften zum Migrationspakt erreicht. Obwohl ich schon im März auf das Thema aufmerksam gemacht habe – bei Veranstaltungen im Wahlkreis und in der ersten Ausgabe von NAB 1 –, sickerte die Ungeheuerlichkeit dieses Vorhabens erst jetzt ins Bewusstsein der Bürger. Ausschlaggebend waren vermutlich die Presseberichte über die Weigerung der Österreicher, den Pakt zu unterzeichnen. Inzwischen haben auch andere Länder erklärt, dass sie den Pakt nicht unterschreiben werden, darunter die USA, Ungarn, Tschechien, Polen, Israel, Australien und die Slowakei. Andere Länder verlangten Änderungen. Die Regierungen in Kroatien und Slowenien haben sich kritisch zum Pakt geäußert. Insgesamt haben deutlich weniger Länder am Gipfeltreffen in Marokko teilgenommen als zunächst gedacht.

In Deutschland ist die AfD die einzige im Bundestag vertretene Partei, die den Pakt ablehnt. Auf verschiedenen Ebenen haben wir versucht, auf die Gefahren aufmerksam zu machen und zu verhindern, dass die Bundesregierung ihn unterschreibt. Am 08.11.2018 hat die AfD-Fraktion mit dem Antrag „Kein Beitritt zum Global Compact for Migration durch die Bundesrepublik Deutschland“

(Drucksache 19/5530: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/055/1905530.pdf>) eine öffentliche Debatte im Deutschen Bundestag erzwungen.



Daneben wurden zahlreiche Initiativen gestartet, Anfragen an die Bundesregierung gestellt und Pressemitteilungen abgegeben. Auf der AfD-Homepage wurde eigens eine Seite eingerichtet, um die Kampagne öffentlichkeitswirksam ins Bewusstsein der Bevölkerung zu tragen. Zuletzt habe ich am 16.11.2018 eine Presseerklärung zu dem Thema publiziert und ein weiteres wichtiges Problemfeld angesprochen, das bislang offenbar noch niemandem aufgefallen ist:

„Es stimmt zwar, dass alle Menschen in Deutschland ein Menschenrecht auf die Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums haben.

Als Menschenrecht gilt das selbstverständlich auch für Migranten und unabhängig von ihrem Migrationsstatus. Die CDU verschweigt aber, dass die Grundleistungen für die Migranten laut dem Migrationspakt nicht nur unabhängig von ihrem Migrationsstatus erbracht werden sollen.

Die Bundesregierung würde sich in Ziel 15 a) des Migrationspaktes ausdrücklich dazu verpflichten, diese Grundleistungen auch unabhängig vom Vermögen der Migranten zu erbringen.

Solche vermögensunabhängigen Leistungen an Migranten lassen sich jedoch wohl kaum mit dem Sozialstaatsprinzip begründen. Mir sind auch keine Grundleistungen bekannt, die deutsche Staatsbürger unabhängig von ihrem Vermögen erhalten. Zwei Muster scheinen hier wieder einmal auf. Erstens



wollen die Regierungsparteien den Bürgern Sand in die Augen streuen, indem sie von den entscheidenden Details ablenken. Zweitens handelt es sich bei dem UN-Migrationspakt um ein trojanisches Pferd, durch das Ansprüche gegen unser Sozialsystem in einem unbekannten Ausmaß entstehen könnten, ohne dass die Bundesregierung diese zusätzliche Belastung der Bundesbürger thematisieren würde. Ich fordere alle Mitglieder der Altparteien hiermit auf, gründlich in sich zu gehen und sich zu fragen, ob sie eine Unterzeichnung des Migrationspaktes mit ihrem Gewissen vereinbaren können.“

Vielleicht hat der letzte Satz etwas bewirkt: immerhin haben bei der Abstimmung im Plenum auch Mitglieder der anderen Parteien gegen die Unterzeichnung gestimmt. Aber es war

vorauszusehen, dass die Mehrheit diesen Pakt will, zumal die Bundesregierung ja federführend an der Ausarbeitung beteiligt war.

Skandalös war auch die Art und Weise, wie der Petitionsausschuss des Bundestages versucht hat, eine Petition der AfD gegen den Pakt zu unterdrücken. Schließlich musste sie aber doch zugelassen werden.

Die Petition Nr. 85565 wurde unter <https://epetitionen.bundestag.de/> zur Mitzeichnung und Diskussion veröffentlicht.

Sie können sicher sein, dass ich mich mit ganzer Kraft auch nach der am 10.12.2018 erfolgten Unterzeichnung des Paktes für einen Ausstieg aus diesem einsetzen werde!



Größte Opposition in Deutschland wird bedroht vom Verfassungsschutz

Im vergangenen Monat konnten sich AfD-Abgeordnete gleich zwei Experten-Vorträge zum Thema Verfassungsschutz im Bundestag anhören. Am 21.11.2018 beleuchtete Josef Schüßlburner die historische Entwicklung des deutschen Verfassungsschutzes, der ein Unikum in der Welt der Geheimdienste darstellt. Ein deutscher Sonderweg, sozusagen, der nach 1945 von den Alliierten vorgegeben wurde, und der aus Schüßlburners Sicht nur bedingt im Interesse des deutschen Volkes ist.

Selbst die Japaner, die noch im 19. Jahrhundert von der deutschen Verfassung schwärmten und sich an ihr orientierten, nahmen nach 1945 Abstand davon. Dass in einem liberalen, demokratischen Land Parteien vom Inlandsgeheimdienst überwacht werden, so Schüßlburner, gäbe es nur in Deutschland. Weder in Frankreich noch in Großbritannien würden Parteien auf diese Art und Weise vom Staat drangsaliert. Schon die Sprache vom „Verfassungsfeind“ verrät die militärischen Ursprünge solcher Dienste. Man unterstellt damit Menschen im eigenen Land, dass sie verdeckte, feindliche Absichten verfolgen und die Öffentlichkeit über ihre wahren Ziele täuschen, dass sie also quasi verdeckte Kriegsführung gegen den eigenen Staat betreiben.

Wer sind hier die eigentlichen Verschwörungstheoretiker, fragt man sich. Anders als in anderen westlichen Demokratien wird bei uns der Feind nicht in anderen Ländern und Regierungen vermutet, sondern vornehmlich im Innern, also in den eigenen Reihen. Das Denunziantentum, das derzeit wieder neue Blüten treibt, ist damit eigentlich vorprogrammiert. Die lesenswerten Ausführungen von Herrn Schüßlburner sind in einem Heft des Instituts für Staatspolitik erschienen: Josef Schüßlburner. *„Verfassungsschutz“: Der Extremismus der politischen Mitte*. Steigra: Institut für Staatspolitik, 2016.

Praktische Hinweise erhielten die Abgeordneten vom ehemaligen Präsidenten des thüringischen

Verfassungsschutzes, Dr. Helmut Roewer, am 27.11.2018. Roewer wies darauf hin, dass sich auch der Verfassungsschutz in Deutschland an das Grundgesetz halten muss. Anders als das FBI in den USA oder der MI5 in Großbritannien darf der deutsche Verfassungsschutz nicht operativ tätig werden, sondern lediglich Informationen sammeln.



Das haben die Alliierten nach 1945 festgelegt. Wird er trotzdem operativ tätig, indem er zum Beispiel „Agents Provocateurs“ in unliebsame Parteien einschleust oder selbst extremistische Gruppen gründet, verstößt er eigentlich selbst gegen die Verfassung. Roewer riet der AfD deshalb, sich immer auf die Seite des Grundgesetzes zu stellen und sich nicht auf Links-Rechts-Spalterei einzulassen. Von Reichsbürgern und anderen Gruppierungen, die die Verfassung und unsere Staatsform gänzlich in Frage stellen, sollte nach Roewer Abstand gehalten werden.

Für viele Abgeordnete und AfD-Mitglieder sowie deren Angehörige ist die mögliche Beobachtung der AfD existenzgefährdend. Wir werden den politischen Gegner, der den Verfassungsschutz instrumentalisiert, ebenfalls beobachten und mit gebotener Vehemenz die Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit einfordern, auch wenn wir dafür vor einen internationalen Strafgerichtshof ziehen müssen.

Bundesparteitag in Riesa

**Aufstellungsversammlung zur Europawahl
vom 11. - 14. Januar 2019 unter dem Motto:
Nationalstaaten stärken, Kompetenzen
zurückholen**

Mit Dr. Maximilian Krah und Mike Moncsek haben es zwei erfahrene Mitglieder auf die Kandidatenliste zur Europawahl geschafft, und mit Jonas Dünzel ein Vertreter der Jungen Alternative unseres Landesverbandes.



Zügig und diszipliniert wurde das Europawahl-Programm verabschiedet. Wir wollen die EU zu einer Union der Nationalstaaten reformieren und Entscheidungskompetenzen aus Brüssel zurückholen. Wenn diese Reform in absehbarer Zeit nicht umsetzbar sein sollte, ist auch der Dexit eine letzte Option.



Die Transfer- und Schuldenunion in Form des Euro muss beendet werden. Mit der Wiedereinführung

der harten D-Mark würden wir die Kaufkraft der Bürger erhöhen und dadurch höhere Einkommen erzielen. Zudem ist die gemeinsame europäische Asylpolitik grundlegend gescheitert. Eine nationale Asylpolitik muss die nationalen Grenzen sichern, Anreize für Sozialmigranten mindern und illegale Einwanderer abschieben.

Ich bin froh, dass die Polizei eine Eskalation der Gewalt zum Parteitag mit den ca. 500 Gegendemonstranten verhindern konnte. Viele von ihnen waren verumumt und zählten leicht erkennbar zur linksextremistischen Szene. Die Riesaer Bürger haben gezeigt, was sie von diesen angereisten Krawall-Touristen halten; einige Ladenbesitzer schlossen demonstrativ ihre Geschäfte.

Kurzviten der Kandidaten:

Maximilian Krah, Jahrgang 1977, lebt in Dresden und hat hier Jura (Dr. juris.) und in London und New York Betriebswirtschaft studiert (M.B.A.), verwitwet, fünf Kinder, katholisch, stellv. Landesvorsitzender der sächsischen AfD



Mike Moncsek, Jahrgang 1964, gelernter KfZ-Mechaniker, arbeitete als Vertriebsleiter für mehrere Fahrzeughersteller, Vater von drei Kindern, Mitglied im Landesvorstand der sächsischen AfD



Jonas Dünzel, 25 Jahre jung und ledig, tätig als Kaufmann für Versicherungen und Finanzen in Dresden und Mitglied im Landesfachausschuss 2 - Finanzen



Die Hintergründe und Auswirkungen von Massenmigration

Im Dezember habe ich eine kleine Anfrage eingereicht, um mehr über die Hintergründe von Massenmigration zu erfahren. Ich fragte die Bundesregierung unter anderem, von wem und zu welchen Tarifen sie sich in punkto Flüchtlingsmanagement beraten lässt, wie sich der Global Compact zum Selbstbestimmungsrecht der Völker verhält, und ob sie sich mit der Frage befasst hat, welche ausländischen Mächte ein Interesse daran haben könnten, die Migration nach Deutschland oder Europa mit dem Ziel der Destabilisierung zu forcieren. Bei dieser Frage bezog ich mich auf das Buch „Massenmigration als Waffe“ der US-amerikanischen Professorin Kelly Greenhill, einer Expertin für Geostrategie. Diese Fragestellung drängt sich eigentlich auf, wenn man diese Entwicklungen einmal aus geopolitischer Perspektive betrachtet.

Am 27. Dezember erhielt ich die Antworten: die meisten waren, wie üblich, nichtssagend. Diesen Stil kennen wir schon von der Kanzlerin, er wird häufig eins zu eins in den Antworten der Ministerien auf Anfragen fortgeführt: man wird abgespeist mit Floskeln und beschwichtigenden Behauptungen.

Die Bundesregierung sieht zum Beispiel keine Notwendigkeit, sich mit der Frage zu befassen, ob fremde Mächte geopolitische Interessen an einer Destabilisierung Deutschlands und Europas durch Massenmigration haben könnten. Sie hat sich deshalb nicht mit dieser Frage befasst. So einfach kann Politik sein!

Die Bundesregierung sieht auch keinen Widerspruch zwischen dem Migrationspakt und dem Recht auf Selbstbestimmung eines jeden Volkes, das im Völkerrecht fest verankert ist und zu den Grundrechten aller Völker gehört. Dieses Recht ist übrigens auch im Gründungsvertrag der Vereinten Nationen festgelegt. Die Bundesregierung behauptet schlicht und einfach: „Das Selbstbestimmungsrecht der Völker wird

durch den Globalen Pakt für sichere und geordnete Migration nicht berührt.“ Mehr gibt es dazu wohl nicht zu sagen. Der Eindruck, der sich uns aufdrängt, ist allerdings ein anderer. Wurden nicht mehrere Bürgerpetitionen zurückgehalten und wurde nicht auf ganzer Ebene vermieden, sich mit dem Volkswillen in der Flüchtlingsfrage auseinanderzusetzen? Sogar ein deutsches Volk hat das Recht auf Selbstbestimmung -- auch wenn man es bisweilen gar nicht glauben mag. Es ist unsere Pflicht, unsere Grundrechte einzufordern!

Etwas konkreter waren die Antworten auf die Frage nach den Beraterverträgen. Die höchsten Zahlungen gingen an McKinsey und Ernst & Young. Von diesen beiden internationalen Mega-Beratungsfirmen lässt sich unsere Regierung regelmäßig beraten, die EU übrigens auch. Der Vorsitzende von McKinsey ist Mark Weinberger, der auch schon in der Clinton-Administration im Finanzministerium für Steuern tätig war. Das tut allerdings nichts zur Sache.

Interessant ist vor allem die Höhe der Beträge, die sich für McKinsey allein auf rund 47 Millionen Euro belaufen. Dann gibt es noch andere Verträge mit Auftragnehmern, deren Namen uns verborgen bleiben, weil diese einer Veröffentlichung nicht zugestimmt haben. Moment mal: werden diese Aufträge nicht aus Steuergeldern finanziert? Hat der deutsche Bürger nicht ein Anrecht darauf zu erfahren, wie seine sauer erarbeiteten hohen Steuern verwendet werden? Ich warte noch auf Antwort des Ministeriums, ob wenigstens mir als Abgeordnetem Zugang zu den Namen gewährt wird. Am Telefon wurde mir mitgeteilt, dass dies erst im Ministerium geprüft werden müsse, es könne sein, dass auch der Abgeordnete die Namen nicht erfahren darf, wenn keine Zustimmung seitens der Auftragnehmer vorliegt. Manchmal fragt man sich schon in welchem Irrenhaus man sich hier eigentlich befindet.

Die Anfrage mit Antworten kann im Internet abgerufen werden: <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/068/1906868.pdf>

LOKALPOLITIK

Sebastian Wippel: Zehn Maßnahmen für Görlitz



Mit den Schwerpunkten Sicherheit, Familie und Wirtschaft will Sebastian Wippel am 26. Mai 2019 als neuer Oberbürgermeister in das Rathaus von Görlitz einziehen. Was er in seiner Amtszeit erreichen will und welche Visionen er langfristig verfolgt, hat

der AfD-Landtagsabgeordnete bereits konkret ausgearbeitet und in zehn Thesen gebündelt. Wir möchten diese angedachten Maßnahmen dokumentieren und weisen vorab darauf hin, dass es auch noch eine ausführlichere Langfassung des Konzepts gibt.

1. Die AfD setzt sich konsequent für Familien mit Kindern ein, die noch viel mehr entlastet werden können und ein familienfreundliches Gesamtklima verdient haben.

Mit Mehrgenerationenhäusern, günstigen Mieten, bezahlbaren Kitas, vielfältigen Vereinsangeboten sowie einem intensiven Werben um Rückkehrer können wir Görlitz zu einer familienfreundlichen Stadt machen, die nicht länger Einwohner verliert, sondern gerade viele Rückkehrer begeistern kann. Gewinnen wir Rückkehrer, fühlen sich auch die Großeltern in Görlitz wohler und die gesamte Familie kann sich gegenseitig helfen.

2. Für Unternehmen senken wir die Gewerbesteuer. Wir schaffen eine Willkommenskultur für seriöse Investoren und attraktive Bedingungen für Neugründer, damit eine Aufbruchsstimmung für junge Unternehmer entsteht.

Wirtschaftlich zählt Görlitz noch immer zu den Schlusslichtern in Deutschland. Das wird sich nur ändern, wenn wir seriöse Investoren durch niedrige Steuern anlocken und Gründern eine passende Begleitung sowie gute Gewerbeimmobilien anbieten

können. Schließlich müssen wir intensiv an einer Verknüpfung von Onlinehandel und stationären Geschäften zur Belebung der Innenstadt arbeiten.

3. Görlitz mit Sicherheit!

Wir setzen uns ein für Grenzkontrollen, eine bessere Präsenz der Polizei, eine Stärkung des Ordnungsamtes, punktuelle Alkoholverbote sowie gepflegte und geschützte Grünanlagen, die wieder der Erholung dienen. Als Reaktion auf die Grenzkriminalität sollten wir für kleine und mittlere Unternehmen überwachte Abstellgelände zur Verfügung stellen. Genutzt werden könnten diese z.B. von Handwerkern als sichere Lagerstätten.

4. Zur Vermarktung nach außen sollten wir über die Umbenennung des Berzdorfer Sees in Görlitzer Meer nachdenken und dort Weltmeisterschaften von Trendsportarten durchführen – Görlitz kann Meer!

Um bundesweit Touristen anzuziehen, wäre es von Vorteil, den Berzdorfer See in Görlitzer Meer umzubenennen. Der Name darf jedoch nicht alles sein. Wir müssen Attraktionen schaffen, die sonst niemand hat, z.B. einen Bison-Park, ein Tauchparadies oder kreative Veranstaltungsformate. Wer den See weiter Berzdorfer See nennen will, darf das natürlich gerne tun.

5. Die AfD setzt sich für den Ausbau der Hochschule Zittau/Görlitz zu einer Technischen Europa-Universität ein.

Im nationalen und sächsischen Maßstab haftet unserer Hochschule das Image eines Mauerblümchens an. Davon müssen wir weg. Nötig ist es dafür, die Anzahl der Studenten von knapp über 3.000 auf mindestens 10.000 zu erhöhen. Diese und das ebenso dafür benötigte Lehrpersonal können wir mit den günstigen Mieten in unserer Region sowie der Möglichkeit einer europäischen Vernetzung mit Tschechien und Polen gewinnen.

6. Wir wollen eine ICE-Verbindung von Wiesbaden über Dresden und Görlitz nach Breslau.

Neben der Schiene ist auch in das Straßennetz zu investieren. Dies betrifft besonders die Südwestumfahrung und die Erweiterung der B 115.

7. Wir brauchen eine bessere ÖPNV-Anbindung an das Umland.

Aus unserer Sicht ist eine Verdichtung des ÖPNV-Taktes in den Morgen- und Nachmittagsstunden wünschenswert. Die Einführung eines Spätbusses („Nachteule“) würde zudem gewährleisten, dass die Bewohner aus dem Landkreis die Kulturangebote der Stadt besser nutzen können.



8. Wir werden die Straßenausbaubeiträge abschaffen!

Es ist eine Unsitte, die Bürger für planbare Ausgaben doppelt und dreifach zur Kasse zu bitten. Würde der Staat vernünftig mit seinen Geldern haushalten, wäre er auch in der Lage, die Infrastruktur in einem guten Zustand zu halten.

9. Verfilzung, unnötige Bürokratie und fehlende Transparenz machen Bürgern und Unternehmen das Leben schwer.

Wir müssen gegen Vetternwirtschaft in unserer Stadt vorgehen, die Verwaltung zügig digitalisieren und Bürger sowie Unternehmen entlasten, indem wir überflüssige Gesetze abschaffen, statt immer neue zu kreieren. Was wir dagegen brauchen, ist mehr Eigeninitiative und mehr Enthusiasmus der Bürgergesellschaft, die selber weiß, was für sie am besten ist.

10. Wir wollen Tradition und Moderne verknüpfen.

Unsere kulturellen Traditionen bedürfen der Pflege und des Schutzes. Ersichtlich wird dies etwa bei Denkmälern, die verfallen. Schulpatenschaften für Denkmale könnten Geschichte lebendig werden lassen. Als „Görliwood“ hat sich unsere Stadt zudem einen Namen gemacht – das ist gut so! Trotzdem müssen wir uns breiter aufstellen und auch an andere Künste, z.B. Musik und Theater, denken.

Krauschwitz: Eine Nachbetrachtung

Mehrere Monate lang bestimmte der erneute Anlauf zu einem Zusammenschluss von Krauschwitz und Bad Muskau das kommunalpolitische Leben meines Heimatortes.

Die Abstimmungsergebnisse der Bürgerinnen und Bürger beider Gemeinden sind inhaltlich differenziert. Während noch nicht einmal 40% der Bad Muskauer zur Wahl gingen und die Fusion äußerst knapp ablehnten, taten das im Gegensatz dazu die Krauschwitzer umso deutlicher mit über 62 % Wahlbeteiligung. Zusammengefasst ergibt sich demonstrative Zurückhaltung zur Gemeindefusion in Bad Muskau einerseits und klare Ablehnung in Krauschwitz.

Um es gleich vorweg zu nehmen: Ich habe mich klar für eine Fusion der Gemeinden Krauschwitz und Bad Muskau ausgesprochen. Allerdings habe ich auch Verständnis für die mehrheitliche Ablehnung. Warum? Das Problem lässt sich mit zwei Worten benennen: mangelnde Transparenz.

So wie in der Bundespolitik endlich wieder Debatten geführt und die früher im Hinterzimmer getroffenen Entscheidungen hinterfragt werden, müssen sich auch Kommunalpolitiker auf tiefergehende Diskussionen mit den Einwohnerinnen und Einwohnern einlassen. Krauschwitz hat diesen Bürgerwillen unterschätzt. Seit Jahren herrscht mehrheitlich Unzufriedenheit über den merklichen Stillstand in der kommunalen Entwicklung. Davon zeugt bei weitem nicht nur das vor Jahren eingestürzte „Deutsche Haus“.



Verkehrsbelastungen, drohender Ärztemangel mit unvermeidlicher Apothekenschließung, und der würdelose Zustand der Friedhöfe sind nur eine kleine Auswahl angestauter Probleme in Krauschwitz. Obwohl ein Zusammenschluss eine Verbesserung verspricht, haben die Bürger dagegen gestimmt.



Dafür habe ich nur eine Erklärung: die Politik hat nicht rechtzeitig und nicht genügend kommuniziert, die Bürger wurden zu spät in den Prozess mit einbezogen. Eine solche Vorgehensweise ist nicht besonders vertrauensfördernd und sollte uns allen eine Mahnung sein. Mehr direkte Demokratie lautet deshalb auch die Devise der AfD, mehr Mitspracherecht und Transparenz sind Gebote der Stunde.



Meine Kooperationsbereitschaft zur Findung von Lösungen für die eingetretene, offensichtlich existentiell gefährliche Situation habe ich bereits signalisiert. Ein belastbares, mit Kennziffern belegtes Konzept und die Aufgabe bestehender persönlicher Ressentiments wären die Voraussetzung dafür.

Neueröffnung des Wahlkreisbüros in Niesky



Ab diesem Jahr stehe ich den Bürgerinnen und Bürgern auch in meinem Wahlkreisbüro in Niesky für Fragen, Kritik und Anregungen zur Verfügung. Ich freue mich auf die Gespräche mit Ihnen!

Anschrift:

Muskauer Straße 1, 02906 Niesky

Ansprechpartner:

Sylvia Littke-Hennersdorf & Annegret Kuhnert

Tel.: 03588-2593281

Mail: tino.chrupalla.wk@bundestag.de

Öffnungszeiten:

Dienstag 09:00 - 13:00 Uhr

Donnerstag 13:00 - 17:00 Uhr



Einladung:

Am Donnerstag, den 28.02.19 laden wir Sie ab 17:00 Uhr zu einer kleinen Eröffnungsfeier ein.

WÄHLER IN BERLIN

Jugend und Parlament: ein Schüler-Gastbeitrag

Ich wurde von unserem Bundestagsabgeordneten Tino Chrupalla zu einem politischen Planspiel mit dem Namen „Jugend und Parlament“ eingeladen. Dieses fand vom 23. bis zum 26. Juni im Bundestag in Berlin statt. Bei diesem Planspiel sind neben mir ca. 300 andere Jugendliche in die Rolle von fiktiven Bundestagsabgeordneten geschlüpft.



Das 4-tägige Planspiel sollte uns die Politik und die Abläufe im Bundestag näherbringen. Es gab drei fiktive Parteien, die das politische Spektrum ungefähr abdecken sollten. Ich war in der konservativen Bewahrungspartei, der BP. Es gab fiktive Gesetzesentwürfe und ein Bundeswehrmandat, über das an diesen Tagen diskutiert wurde. Wir wurden natürlich ebenfalls in Landesgruppen und Ausschüsse eingeteilt.

Ich saß im Arbeitsausschuss. Dieser befasste sich mit einem Gesetz zum Thema Chancengleichheit bei Bewerbungen. Insgesamt fand ich, dass „Jugend und Parlament“ ein sehr bereicherndes Erlebnis war.

Ich habe gelernt und verstanden, wie Politik funktioniert, wie man einen Konsens verschiedener Meinungen erzielt und dass es in der Politik nicht nur um die eigene Interessen geht. Außerdem war es für mich natürlich eine Ehre, mich in den Räumlichkeiten des Bundestages bewegen zu können und am letzten Tag sogar eine Rede halten zu dürfen. Trotzdem muss ich sagen, dass es auch ganz schön anstrengend sein kann, Politiker zu sein und ein Abgeordnetenmandat zu haben.

Abschließend möchte ich mich nochmals bei Tino Chrupalla bedanken, der mir die Chance gegeben hat, dort mitzumachen. Ich werde diese vier Tage nie vergessen.

RANDNOTIZ

Fakten zur Bevölkerungsdichte

Wussten Sie, dass sich die Bevölkerungsdichte Deutschlands in den letzten 150 Jahren mehr als verdreifacht hat? Während im Deutschen Kaiserreich durchschnittlich 76 Einwohner auf einem Quadratkilometer lebten, sind es heute in Deutschland 232 Einwohner:

(https://de.wikipedia.org/wiki/Deutsches_Kaiserreich,
<https://de.wikipedia.org/wiki/Deutschland>)



Karte des Deutschen Kaiserreiches um 1918

Im Vergleich dazu leben in Frankreich heute 123 Menschen auf einem Quadratkilometer:

(<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/167199/umfrage/bevoelkerungsdichte-in-frankreich/>)

Bürgerbüros

Wahlkreisbüro Weißwasser

Muskauer Straße 73
02943 Weißwasser

Ansprechpartner:

Annegret Kuhnert
Tel.: 03576-2196700
Mail: tino.chrupalla.ma05@bundestag.de

Öffnungszeiten:

Montag 14:00 - 18:00 Uhr
Dienstag 09:00 - 15:00 Uhr
Mittwoch 09:00 - 12:00 Uhr
Donnerstag 09:00 - 12:00 Uhr

Wahlkreisbüro Löbau

Breitscheidstraße 42
02708 Löbau

Ansprechpartner:

Sylvia Littke-Hennersdorf
Tel.: 03585-4524124
Mail: tino.chrupalla.ma04@bundestag.de

Öffnungszeiten:

Montag 15:00 - 18:00 Uhr
Freitag 08:00 - 11:00 Uhr

Wahlkreisbüro Görlitz

Berliner Straße 51
02826 Görlitz

Ansprechpartner:

Ramona Poniatowski
Tel.: 03581-3222212
Mail: tino.chrupalla.wk@bundestag.de

Öffnungszeiten:

Dienstag 15:00 - 18:00 Uhr
Donnerstag 15:00 - 18:00 Uhr

Wahlkreisbüro Niesky

Muskauer Straße 1
02906 Niesky

Ansprechpartner:

Sylvia Littke-Hennersdorf, Annegret Kuhnert
Tel.: 03588-2593281
Mail: tino.chrupalla.wk@bundestag.de

Öffnungszeiten:

Dienstag 09:00 - 13:00 Uhr
Donnerstag 13:00 - 17:00 Uhr

Bürgersprechstunden

Februar

Montag, 04.02.19 13:00 - 15:00 Uhr
Wahlkreisbüro Weißwasser

Dienstag, 05.02.19 15:00 - 18:00 Uhr
Wahlkreisbüro Görlitz

Montag, 25.02.19 15:00 - 18:00 Uhr
Wahlkreisbüro Löbau

Donnerstag, 28.02.19 15:00 - 17:00 Uhr
Wahlkreisbüro Niesky
Kleine Feier zur Eröffnung 17:00 - 19:00 Uhr

März

Dienstag, 05.03.19 15:00 - 18:00 Uhr
Wahlkreisbüro Görlitz

Donnerstag, 07.03.19 15:00 - 18:00 Uhr
Bürgersprechstunde mit Info-Mobil
Franke-Tanke, Leipziger Straße 41, 02763 Zittau

Freitag, 08.03.19 15:00 - 18:00 Uhr
Wahlkreisbüro Weißwasser

Montag, 25.03.19 15:00 - 18:00 Uhr
Wahlkreisbüro Löbau

Donnerstag, 28.03.19 15:00 - 18:00 Uhr
Wahlkreisbüro Niesky

Berlinfahrten in den Deutschen Bundestag:

14. und 15. Februar 2019

24. und 25. April 2019

10. und 11. Oktober 2019

Anmeldung jeweils in den Bürgerbüros oder per Mail
an: tino.chrupalla.wk@bundestag.de

NEUES aus BERLIN, Ausgabe 3, Januar 2019

V.i.S.d.P.: Herausgeber: MdB Tino Chrupalla
Stellv. Vorsitzender der AfD-Fraktion
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030-227 74435
Mail: presse@tinochrupalla.de

www.tinochrupalla.de

